



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Mai/Juni 2017

Viele Flüchtlingskinder in Südosteuropa gestrandet

Knapp 25.000 Flüchtlingskinder sitzen in Südosteuropa fest, wie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF jetzt mitteilte. Es halten sich zurzeit insgesamt rund 75.000 Flüchtlinge und Migranten in Griechenland, Bulgarien, Ungarn und auf dem Westbalkan auf, ohne zu wissen, wie es für sie weitergeht. Viele von ihnen warten auf eine Zusammenführung mit ihren Familien in Europa

Deutschland: 15.000 Flüchtlinge in Notquartieren

In Deutschland leben noch 15.000 Flüchtlinge in Notunterkünften. Damit ging die Zahl dieser Menschen erheblich zurück, wie eine Umfrage des Magazins „Der Spiegel“ ergab: Vor einem Jahr waren noch knapp 70.000 Flüchtlinge in Notquartieren untergebracht. Die Mehrzahl der Bundesländer gab in der Befragung an, ihre Notunterkünfte für Flüchtlinge inzwischen geschlossen und die Menschen in besseren Quartieren untergebracht zu haben.

Die meisten Notunterkünfte existieren noch in Berlin, wo 13.400 Flüchtlinge in Sammelunterkünften leben, davon nach Angaben der Behörden 2.100 unter „prekären“ Umständen, also mit eingeschränkter Privatsphäre. Aus Nordrhein-Westfalen werden noch 1.600 und aus Hamburg 600 Notquartiere gemeldet.



Husna Ghaffar / Shutterstock.com

BAMF baut Zahl der offenen Fälle weiter ab

Im Zeitraum von Januar bis April 2017 haben insgesamt 79.930 Personen in Deutschland Asyl beantragt, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitteilt. Im Vergleich zum Vorjahr, als die Behörde 246.393 Asylsuchende registrierte, bedeutet dies demnach einen Rückgang um 68,8 Prozent. Im April wurden im sogenannten Kernsystem 11.952 Personen erfasst, die als Asylsuchende nach Deutschland einreisten.

Im selben Monat entschied das Bundesamt nach eigenen Angaben über die Anträge von 63.420 Personen. Zum Vergleich: Im April 2016 waren es 44.395 Anträge, im März dieses Jahres 80.595. Gleichzeitig wurde die Zahl der anhängigen Verfahren von 278.006 Ende März 2017 auf 232.493 Ende April 2017 vermindert.

Ebenfalls im April 2017 wurden beim BAMF insgesamt 14.848 Asylanträge gestellt. Damit nahm die Zahl der Asylbewerber gemessen am entsprechenden Vorjahresmonat um 46.095 Personen bzw. 75,6 Prozent und im Vergleich mit dem Vormonat um 5.288 Personen bzw. 26,3 Prozent ab.

Bei den Asylentscheidungen erhielten 20,7 Prozent der Antragsteller die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention, 17,1 Prozent subsidiären Schutz und 7,6 Prozent Abschiebungsschutz. Abgelehnt wurden 39,4 Prozent der Anträge.

Syrien – sechs Jahre Krieg und kein Ende in Sicht

Von den Menschen, die nach Deutschland kommen, um hier Asyl zu beantragen, stammt weiterhin der größte Teil aus Syrien. Sie treibt der seit sechs Jahren wütende, mörderische Bürgerkrieg aus ihrer Heimat. Über die jeweils aktuellen Kriegsgräueltaten hinaus, die immer wieder aufs Neue von den Medien verbreitet werden, ist vielfach schon in Vergessenheit geraten, wie es zu diesem Konflikt mit unterdessen geopolitischen Dimensionen gekommen ist, der seit 2011 mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert haben soll und mehr als zehn Millionen Menschen in die Flucht trieb.



Aus dem Aufbegehren entwickelten sich Unruhen, über die die autoritär herrschenden Präsidenten in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen stürzten, obwohl die Regimes zunächst versuchten, die Aufstände mit Gewalt zu ersticken. So verfuhr auch der syrische Machthaber Baschar al-Assad, mit der Folge, dass allein in Syrien bis zum folgenden August rund 2.000 Demonstranten getötet wurden. Die Rebellion gegen Assad, seine Familie und seine Günstlinge wurde zusätzlich angeheizt durch die

Zur Vorgeschichte des Syrienkriegs gehört zum einen der sogenannte „Arabische Frühling“. Mit diesem Begriff wurden die Massenproteste bezeichnet, die Ende des Jahres 2010 zunächst in Tunesien aufflammten und von dort aus auf weitere Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens übergriffen. Dort gingen viele Menschen auf die Straße, um gegen ihre autokratischen Regimes, gegen repressive Machtstrukturen, für mehr politischen Pluralismus und Demokratie, gegen Polizei- und Militärwillkür sowie allgemein für grundlegende (Menschen-) Rechte und soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren. Wesentlich getragen wurde dieser Widerstand gegen die zum Teil schon langjährig herrschenden Regimes auch von dem Wunsche, insbesondere der jüngeren Bevölkerung in den arabischen Staaten, nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven.

Verhaftung und Verschleppung von Jugendlichen, die „Nieder mit dem Präsidenten“ auf eine Schulmauer spraysen. Sie landeten in den Foltergefängnissen des Regimes und kamen von dort erst nach massenweisen, blutigen Protesten frei, die von den Familien der Inhaftierten angeführt wurden.

Aus diesem zivilen Widerstand erwuchs der bis heute andauernde Bürgerkrieg in Syrien, in den inzwischen neben dem Regime Assad und seinen Gegnern noch einige andere wichtige Akteure verwickelt sind. Neutrale Beobachter sehen den brutalen Bürgerkrieg längst als einen Stellvertreterkrieg ausländischer Mächte und Interessen an. Deshalb haben sich in der Vergangenheit auch Versuche zur Beilegung des Konflikts als nicht erfolgreich erwiesen. Wichtigste Verbündete der Regierung Assad sind Russland und der Iran. Die Russen fliegen seit September 2015

Luftangriffe in Syrien, die sich offiziell gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ richten, aber auch die sogenannten Rebellen treffen. Zu Letzteren zählen unterschiedliche Gruppierungen, von moderaten Gegnern Assads wie der Freien Syrischen Armee oder der kurdischen Peschmerga, die vom Westen unterstützt werden, bis hin zu radikalen Islamisten wie jenen von der Al-Nusra-Front. Diese Rebellengruppen sind zum Teil untereinander verfeindet, kämpfen mal mit, mal gegeneinander.

Der Iran, der sich als Schutzmacht der Schiiten im Nahen Osten und damit als natürlicher Gegenpol der sunnitischen „Großmacht“ Saudi-Arabien versteht, unterstützt das Regime in Bagdad seit Jahren mit Waffenlieferungen. Im Bürgerkrieg kämpfen jedoch auch iranische Revolutionsgarden an der Seite der offiziellen syrischen Armee sowie die von Teheran finanzierte libanesische Schiitenmiliz Hisbollah. Dem Iran geht es im Syrienkonflikt insbesondere darum, Machthaber Assad im Amt zu halten und den Einfluss von „Erzfeind“ Saudi-Arabien in der Region so weit wie möglich zu begrenzen.

Inzwischen hat sich auch die Türkei militärisch in den Bürgerkrieg eingemischt. Ihr Hauptinteresse besteht darin, einen Kurdenstaat in Nordsyrien zu verhindern. Eine Koalition von westlichen Staaten, darunter Großbritannien, Südkorea oder Jordanien, und die USA beschränken sich in Syrien bislang darauf, der Terrormiliz IS, die dort einen islamischen Gottesstaat, ein „Kalifat“, errichten will, mit Luftangriffen Einhalt zu gebieten. Deutschland ist daran mit der Bereitstellung von sechs Kampffjets für Aufklärungsflüge beteiligt. Doch der neue US-Präsident Donald Trump ließ nach einem Giftgasangriff, welcher der syrischen Armee zugeschrieben wird, jüngst auch einen syrischen Militärstützpunkt angreifen.

Eine weitere maßgebliche Rolle im Syrienkonflikt fällt dem Königreich Saudi-Arabien zu. Die Herrscher in Riad unterstützen prinzipiell alle sunnitischen Gegner des Assad-Regimes und des „schiitischen Islamismus“ Teherans.

Europa wiederum, vor dessen Haustür der Bürgerkrieg in Syrien seit sechs Jahren wütet und der damit bereits länger dauert als der Zweite Weltkrieg, scheint nach Ansicht von Beobachtern erst durch die Flüchtlingskrise begriffen zu haben, dass es durch die „schlimmste von Menschen gemachte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg“, wie der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Seid Raad al-Husseini, den Syrien-Konflikt einstuft, auch direkt betroffen ist.

Syrien

März 2011:

Protestwelle gegen Präsident Baschar al-Assad beginnt. Regierung antwortet mit Waffengewalt. Es entwickelt sich ein Bürgerkrieg.

August 2013:

Einsatz von Chemiewaffen, für den die syrische Regierung verantwortlich gemacht wird, tötet mehr als 1.400 Menschen. UN-Sicherheitsrat fordert Syrien auf, sein C-Waffen-Arsenal zu vernichten. Damaskus sagt auch Zerstörung seiner Produktionsstätten zu.

September 2014:

USA und Verbündete beginnen Bombardierung von IS-Stellungen in Nordostsyrien.

September 2015:

Russland startet ebenfalls Luftangriffe in Syrien gegen IS-Stellungen, aber auch gegen gemäßigte Assad-Gegner.

Januar 2016:

Erste Syrien-Friedensgespräche in Genf ohne Ergebnis.

Oktober 2016:

Auch neuerliche Syrien-Verhandlungen in der Schweiz bringen lediglich von Russland ausgerufene dreitägige Waffenruhe. Danach werden Kämpfe fortgesetzt.

Februar 2017:

Erneute Gespräche über eine politische Lösung für Syrien in Genf – diesmal auch mit Vertretern der syrischen Regierung und Opposition, die allerdings nicht miteinander reden – ebenfalls ergebnislos.

April 2017:

US-Präsident Trump reagiert auf einen mutmaßlichen Giftgasangriff mit Raketenbeschuss eines syrischen Armeestützpunkts.

Deutschland: Mehr Kinderarmut durch Zuwanderung

Die Zuwanderung minderjähriger Flüchtlinge nach Deutschland hat dazu geführt, dass die Kinderarmut hierzulande zunahm. Zu diesem Ergebnis kommt jetzt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Danach erhöhte sich die Zahl der als arm geltenden Kinder und Jugendlichen im Zeitraum von 2014 bis 2015 um 77.000 auf 2,55 Millionen. Das entspricht einem Anstieg um 0,7 Punkte auf 19,7 Prozent. Damit lebten nach Auskunft des Instituts mehr als 2,5 Millionen Kinder in Haushalten, die als arm oder armutsgefährdet gelten.

Als arm werden in der Untersuchung des Instituts Haushalte eingestuft, deren Einkom-

men weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens in der Bundesrepublik beträgt. Das bedeutet, dass die Armutsschwelle für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren im Jahr 2015 bei einem verfügbaren Nettoeinkommen von weniger als 1978 Euro im Monat lag.

Laut der Studie nahm lediglich bei den Minderjährigen, die in den vergangenen Jahren einwanderten, der Anteil der als arm eingestuft Kinder deutlich zu, und zwar von 2011 bis 2015 von 35,7 auf 48,9 Prozent. Daraus folgert das WSI, dass der gesamte Zuwachs der Kinderarmut auf das hohe Armutsrisiko der in jenem Zeitraum eingewanderten Menschen unter 18 Jahren zurückzuführen sei.

Studie: Wohnungssuche ist für Geflüchtete problematisch

Geflüchtete haben bei der Suche nach einer Wohnung mit erheblichen Problemen zu tun. Das macht eine Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) jetzt nochmals deutlich. Demnach wird den Betroffenen die Wohnungssuche nicht nur durch die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und durch bürokratische Hürden bei der Wohnungssuche erschwert, sondern auch durch Vorbehalte und Diskriminierung aufseiten der Vermieter.

Die rechtlichen Hürden für den Zugang Geflüchteter zum Wohnungsmarkt sind laut dieser Untersuchung in den Ländern und Kommunen sehr unterschiedlich geregelt. Das betrifft insbesondere den Zeitpunkt, ab wann diese

Menschen eine eigene Wohnung suchen dürfen – etwa bereits während ihres Asylverfahrens oder nach der Bewilligung des Asylantrags. Zudem ist der Umkreis, in dem Geflüchtete eine Wohnung suchen können, meist stark eingeschränkt. Während des Asylverfahrens sind Geflüchtete an den Wohnort gebunden, der ihnen von den Behörden zugewiesen wurde.

Um Diskriminierung durch die Vermieter entgegenzuwirken, empfehlen die Autoren der Studie die Einrichtung von lokalen Beschwerdestellen mit juristischer Unterstützung. Zudem sollte es demnach die Möglichkeit geben, gegen Diskriminierungen zu klagen. Außerdem fordern die Verfasser, mehr Sozialarbeiter einzustellen, um die Geflüchteten bei der Wohnungssuche zu unterstützen.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND

public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen



Stiftung
Soziale Dienste